

GesKR-Newsletter Dezember 2006

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir freuen uns, Ihnen namens der Herausgeber und der Schriftleitung die *dritte* Ausgabe des GesKR-Newsletters zuzustellen! Nebst den üblichen Dienstleistungen unseres Newsletters möchten wir Sie heute auf zwei besondere Beiträge hinweisen:

- Rezension von **Dr. Roger Groner** über das knapp 900 Seiten starke Buch von Prof. Dr. Peter Nobel „Transnationales und europäisches Aktienrecht“, welches dieses Jahr im Stämpfli-Verlag erschienen ist.
- Vorabdruck des in der GesKR 1/2007 erscheinenden Kurzbeitrages von **Dr. Christoph Steiner** und **Dr. Raffael Büchi** mit dem Titel „Vom Wertrecht zur Bucheffekte – Kristallisation aus dem Nichts?“.

Zudem möchten wir Sie bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Zugang zu den GesKR-Beiträgen auf der Homepage (www.geskr.ch) in den kommenden Tagen eingeschränkt und nur noch für Abonnentinnen und Abonnenten der Printversion offen stehen wird. Die Abonnentinnen und Abonnenten werden darüber noch separat informiert.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Till Spillmann / Karim Maizar
Schriftleitung GesKR
Postfach 1548
CH-8027 Zürich
schriftleitung@geskr.ch
www.geskr.ch

Interessieren Sie sich für ein Abonnement der Printversion der GesKR? Auf unserer [Homepage](#) können Sie die GesKR zum Vorzugspreis abonnieren.

Inhaltsverzeichnis

- ▶ [Aktuelles aus Rechtsetzung und Regulierung](#)
- ▶ [Aktuelle Rechtsprechung und Behördenpraxis](#)
- ▶ [Aktuelle Ausgabe der GesKR sowie Vorschau](#)
- ▶ [Neue Dissertationen, welche in der GesKR vorgestellt werden](#)
- ▶ [Aktuelle Literatur](#)
- ▶ [Neuerscheinungen im Dike Verlag](#)
- ▶ [Impressum](#)

Aktuelles aus Rechtsetzung und Regulierung

Auf unserer [Homepage](#) finden Sie ausführlichere Informationen über laufende und abgeschlossene Rechtsetzungs- und Regulierungsvorhaben.

Aktuelles zu pendenten Rechtsetzungs- und Regulierungsvorhaben

Revisionspflicht, Revisionsaufsicht (und Rechnungslegung)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2006 fünf Mitglieder des Verwaltungsrates gewählt und gleichzeitig die organisatorischen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren auf den 1. November 2006 in Kraft gesetzt. Mit diesem Personalentscheid und der vorgezogenen Inkraftsetzung der organisatorischen Bestimmungen des Revisionsaufsichtsgesetzes geht die Verantwortung für den Aufbau der Aufsichtsbehörde vom EJPD auf den Verwaltungsrat über. Als erste Aufgaben stehen namentlich an: die Ernennung eines Direktors sowie die Anstellung der Mitarbeitenden der Revisionsaufsichtsbehörde, die Festlegung des Sitzes der Behörde sowie der Erlass von Richtlinien.

Haager Wertpapier-Übereinkommen

Am 15. November 2006 hat der Bundesrat die entsprechende Vorlage gutgeheissen und die Botschaft zu Händen des Parlaments entsprechend verabschiedet. Das Haager Wertpapier-Übereinkommen ist völkerrechtlich jedoch noch nicht in Kraft getreten. Deshalb wird vorgeschlagen, im IPRG eine Bestimmung einzuführen, wonach für Rechte an Bucheffekten und deren Übertragung das Haager Wertpapier-Übereinkommen gelten soll. Kraft dieser Bestimmung soll das Haager Wertpapier-Übereinkommen bis zu einem völkerrechtlichen Inkrafttreten als autonomes Landesrecht gelten. Das IPRG wird zudem mit Bestimmungen betreffend Begriff, Gerichtsstand und Anerkennung ergänzt.

Bucheffektengesetz

Der Bundesrat hat am 15. November 2006 die entsprechende Vorlage gutgeheissen und die Botschaft zu Händen des Parlaments entsprechend verabschiedet.

Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG)

Der Bundesrat hat am 22. November 2006 die Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen genehmigt und setzt sie zusammen mit dem Kollektivanlagengesetz (KAG) auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt tritt auch die für den Vollzug des KAG wichtige Gebührenverordnung der Aufsichtsbehörde in Kraft.

Integrierte Finanzmarktaufsicht (FINMA)

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-NR) hat an ihrer Sitzung vom 30./31. Oktober 2006 die Beratung der Vorlage aufgenommen und am 28. November 2006 mit knapper Mehrheit angenommen. Sie hat hierfür Anhörungen mit Finanz- und Verwaltungsrechtswissenschaftlern sowie mit Vertretern der Finanzbranche durchgeführt. Eine Behandlung im Parlament hat noch nicht stattgefunden (Geschäftsnummer 06.017).

Neue Eigenkapitalvereinbarung (Basel II)

Der Bundesrat hat am 29. September 2006 die neue Eigenmittelverordnung für Banken und Effektenhändler gutgeheissen und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Mit der Verordnung wird die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im Juni 2004 verabschiedete neue Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) in nationales Recht umgesetzt.

Am 18. Oktober 2006 hat die EBK zudem fünf neue Rundschreiben zur Umsetzung von Basel II in Kraft gesetzt. Die neuen Rundschreiben EBK-RS 06/1 "Kreditrisiken", EBK-RS 06/2 "Marktrisiken", EBK-RS 06/3 "Operationelle Risiken", EBK-RS 06/4 "EM-Offenlegung" und EBK-RS 06/5 "Risikoverteilung" treten gemeinsam mit der Eigenmittelverordnung (ERV) am 1. Januar 2007 in Kraft. Sie führen die ERV aus und setzen zusammen mit dieser Basel II in schweizerisches Recht um.

Umsetzung der revidierten FATF-Empfehlungen, inklusive Insiderstrafnorm

Der Bundesrat hat am 29. September 2006 das weitere Vorgehen in der Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung festgelegt. Er hat das EFD beauftragt, ihm bis Mitte 2007 eine Botschaft zu unterbreiten. Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage soll die Botschaft auf wesentliche Punkte beschränkt werden. Ziel der GAFI-Vorlage ist die massgeschneiderte Anpassung der schweizerischen Geldwäschereigesetzgebung an neue Herausforderungen in der internationalen Finanzkriminalität. Gleichzeitig sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen möglichst gering gehalten werden. Mit der Vorlage soll auch die Konformität der schweizerischen Gesetzgebung mit den einschlägigen internationalen Standards erhöht werden. Zudem hat der Bundesrat einen Bericht an das Parlament verabschiedet, der die Umsetzung der wichtigsten GAFI-Empfehlungen in anderen Ländern aufzeigt und die wirtschaftlichen Folgen der Umsetzung in der Schweiz beleuchtet. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweiz im Vergleich zum Ausland insgesamt über ein gutes Abwehrdispositiv gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung verfügt.

Gleichzeitig hat der Bundesrat entschieden, die Teilrevision der Insider-Strafnorm aus der GAFI-Vorlage herauszulösen und beschleunigt zu behandeln. Am 8. Dezember 2006 hat der Bundesrat die Botschaft zur Revision der Insiderstrafnorm an das Parlament verabschiedet. Danach soll Ziff. 3 von Art. 161 StGB ersatzlos gestrichen werden. Damit wird das Verbot des Ausnützens vertraulicher Tatsachen auf jegliche kursrelevanten Tatsachen ausgeweitet.

Aufsicht über die berufliche Vorsorge

Der Bundesrat hat am 5. Juli 2006 einen Entwurf für eine Strukturreform in der beruflichen Vorsorge in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage sieht verschiedene Massnahmen zur Verstärkung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge vor. Die Direktaufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen soll kantonalisiert bzw. regionalisiert werden. Die Oberaufsicht wird neu einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission übertragen. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis zum 31. Oktober 2006.

Unternehmenssteuerreformgesetz II – Indirekte Teilliquidation und Transponierung

Der Bundesrat hat am 15. November 2006 die dringenden Anpassungen bei der Unternehmensbesteuerung zur indirekten Teilliquidation und zur Transponierung auf Bundesebene auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Damit die Kantone ihr Recht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren anpassen können, treten die neuen Regelungen im Steuerharmonisierungsgesetz erst ein Jahr später in Kraft.

Verordnung des BPV über die Bekämpfung der Geldwäscherei (VGW)

Die Revisionsarbeiten wurden bereits abgeschlossen. Die revidierte Fassung der VGW wird am 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Börsendelikte und Marktmissbrauch

Im Zusammenhang mit der unbestrittenen Teilrevision der Insiderstrafnorm wurde auch verschiedentlich eine grundsätzliche Überprüfung der derzeitigen Regulierung im Bereich der Börsendelikte und des Marktmissbrauchs gefordert. Diese Fragen betreffen nicht nur das Strafrecht, sondern auch die Börsengesetzgebung. Der Bundesrat hat am 29. September 2006 das EFD und das EJPD beauftragt, den Bedarf für eine grundsätzliche Überprüfung der derzeitigen Regulierung im Bereich Börsendelikte und Marktmissbrauch, inklusive der Zuständigkeiten zu deren Verfolgung, abzuklären.

Senkung der Schwellenwerte der Meldepflicht gemäss BEHG

Im Zusammenhang mit der Vorberatung der FINMA-Vorlage wurde das EFD von der WAK gebeten, eine Senkung der Schwellenwerte für die Meldepflicht gemäss BEHG zu prüfen. Ein Bericht zu dieser Frage wird im Januar 2007 erwartet. Die Kommission wird dann über den entsprechenden Antrag beraten und eine Abstimmung im Gesamtrahmen der FINMA-Vorlage durchführen.

In Kraft getretene Rechtsetzungs- und Regulierungsvorhaben

RAG – Organisatorische Bestimmungen

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2006 fünf Mitglieder des Verwaltungsrates gewählt und gleichzeitig die organisatorischen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren auf den 1. November 2006 in Kraft gesetzt.

Übrige Regulierung / Informationen

SWX Swiss Exchange (SWX)

Richtlinie betr. Anforderungen an die Finanzberichterstattung: Mit Mitteilung Nr. 11/2006 vom 4. Dezember 2006 teilte die SWX mit, dass die Richtlinie betr. Anforderungen an die Finanzberichterstattung in folgenden Bereichen angepasst und per 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt wird:

- Regelung der Zwischenberichtserstattung für ausländische Emittenten mit Heimatnorm
- Regelung der vom Revisionsorgan anzuwendenden Prüfungsstandards
- Pflicht zur Bekanntgabe eines direkten Links zu den Geschäfts- und Zwischenberichten durch den Emittenten sowie eine geänderte Frist bezüglich elektronischer Aufbewahrung von neu 5 anstatt 3 Jahren.

Zudem wird die Richtlinie betr. Durchsetzung der Rechnungslegungsvorschriften und Registrierung der Revisionsorgane per 1. Januar 2007 ausser Kraft gesetzt.

Corporate Governance Richtlinie: Die SWX veröffentlichte am 26. September 2006 die Mitteilung der Zulassungsstelle Nr. 6/2006, welche über die Schwerpunkte betreffend die Durchsicht der Geschäftsberichte 2006 bzw. 2006/2007 in Bezug auf die Einhaltung der Richtlinie betr. Informationen zur Corporate Governance informiert. Ebenso wurde der Kommentar zur Richtlinie betr. Informationen zur Corporate Governance entsprechend aktualisiert.

Praxisänderung für öffentlich-rechtliche Emittenten bzw. Garanten bezüglich Prospektinhalt bei Anleihen: Die SWX gab am 15. September 2006 im Rahmen ihrer Mitteilung der Zulassungsstelle Nr. 5/2006 ihre Praxisänderung für öffentlich-rechtliche Emittenten bzw. Garanten bezüglich Prospektinhalt bei Anleihen bekannt. Infolge einer Anpassung an die EU-Prospektrichtlinie, welche Anleihen von öffentlichrechtlichen Gebietskörperschaften in der EU bzw. Anleihen, welche von öffentlichrechtlichen Gebietskörperschaften in der EU garantiert werden, im Hinblick auf die Prospektspflicht und Zulassung zum Handel nicht der Prospektrichtlinie unterstellt, hat die Zulassungsstelle entschieden, dass im Bereiche von Anleihenemissionen öffentlich-rechtlicher Emittenten und Garanten (ausländische oder schweizerische) Erleichterungen eingeführt werden können. Die Erleichterungen werden in der Mitteilung beschrieben. Die Praxisänderung trat auf den 1. Oktober 2006 in Kraft.

Management-Transaktionen: Die Regeln betr. Offenlegung von Management-Transaktionen gemäss Art. 74a Kotierungsreglement (KR) und gemäss der Richtlinie betr. Offenlegung von Management-Transaktionen (RLMT) sind seit dem 1. Juli 2005 in Kraft. Aufgrund von Verletzungen dieser Bestimmungen musste der Ausschuss der Zulassungsstelle der SWX Swiss Exchange bereits in mehreren Fällen Sanktionen aussprechen. Die SWX Swiss Exchange hat vier anonymisierte Sanktionsentscheide aus dem Bereich Management-Transaktionen veröffentlicht. Die Veröffentlichung dieser Entscheide verfolgt den Zweck, den interessierten Kreisen die Entscheidungsfindung zu einem Fall darzulegen, um damit eine grössere Rechtssicherheit zu schaffen. Die Sanktionsentscheide sind abrufbar unter: http://www.swx.com/admission/being_public/sanctions/ip_management_de.html.

Zuordnung des Handels sämtlicher Derivate von der SWX Swiss Exchange auf die Alex Exchange Schweiz AG: Die SWX veröffentlichte am 13. November 2006 die Mitteilung der Zulassungsstelle Nr. 7/2006, wonach sämtliche bereits an der SWX provisorisch zum Handel zugelassenen oder kotierten strukturierten Produkte und Warrants per Betriebsaufnahme von Alex, d.h. per 1. Januar 2007 zum ausschliesslichen Handel auf Alex zugewiesen sowie sämtliche ab Betriebsaufnahme von Alex an der SWX provisorisch zum Handel zuzulassenden oder zu kotierenden strukturierten Produkte und Warrants zum ausschliesslichen Handel auf Alex zugewiesen werden.

Neue Verfahrensordnung: Die SWX gibt sich laut der am 20. November 2006 veröffentlichten Mitteilung der Zulassungsstelle Nr. 8/2006 per 1. Januar 2007 eine neue Verfahrensordnung. Diese bringt für die Emittenten, Teilnehmer und Händler gegenüber der heutigen Situation erhebliche Neuerungen und Vorteile. Die Zulassungsstelle behält ihre Rechtssetzungskompetenz unverändert, überträgt aber ihre bisherige Rechtsprechungskompetenz auf die neu geschaffene Sanktionskommission. Durch diesen Schritt wird die Gewaltenteilung verbessert. Durch die neu für alle Bereiche der Aufsicht geltende Verfahrensordnung wird zudem das Verfahren vereinheitlicht. Mit der Reorganisation der Rechtsprechungskompetenzen und zahlreichen weiteren punktuellen Neuerungen soll überdies eine beschleunigte Erledigung der Sanktionsverfahren erreicht werden.

Aktualisiertes Rundschreiben Nr. 6 betr. IFRS: Mit Mitteilung der Zulassungsstelle 9/2006 vom 20. November 2006 hat die SWX das Rundschreiben Nr. 6 per 1. November 2006 aktualisiert. Das Rundschreiben verweist neu auf Sachverhalte, die Anlass zu Beanstandungen durch die SWX gegeben haben.

Schwerpunkte betreffend Durchsicht der Geschäftsberichte 2006 bzw. Zwischenberichte 2007: Die SWX veröffentlichte am 20. November 2006 die Mitteilung der Zulassungsstelle Nr. 10/2006, welche über die Schwerpunkte betreffend die Durchsicht der Geschäftsberichte 2006 bzw. Zwischenberichte 2007 orientiert. Die SWX beabsichtigt, insbesondere die Einhaltung der folgenden Punkte zu überwachen:

Vorsorgeverpflichtungen (IAS 19), Wertminderung von Vermögenswerten (IAS 36), aktienbasierte Vergütung (IFRS 2), Unternehmenszusammenschlüsse (IFRS 3), Swiss GAAP FER Rahmenkonzept.

Eidgenössische Bankenkommision (EBK)

EBK-Bulletin 49: Die EBK publizierte am 12. Dezember 2006 ihr Bulletin 49, wo unter anderem Verfügungen zum neuen Amtshilferecht, zu den Informations- und Sorgfaltspflichten von Effekthändlern, zu Vor-Ort-Kontrollen durch ausländische Aufsichtsbehörden und zur territorialen Anwendbarkeit des GwG enthalten sind.

Journalführung: In ihrer EBK-Mitteilung Nr. 41 vom 5. Dezember 2006 veröffentlichte die EBK eine Zusammenfassung der Ergebnisse über die Prüfung der Journalführung im Effektenhandel, die 2005 durchgeführt wurde.

RS „Ratingagenturen“: Am 4. Dezember 2006 setzte die EBK ihr Rundschreiben „Ratingagenturen“ in Kraft.

Aufhebung von Rundschreiben der EBK: Aufgrund der positiven Stellungnahmen aus der Anhörung über die Durchforstung des Aufsichtsrechts hebt die EBK per 1. Dezember 2006 fünf Rundschreiben und zwei Mitteilungen auf.

Aufgehobene Rundschreiben:

- EBK-RS 97/2 (20.11.96, angepasst 29.06.05) bezüglich Anwendbarkeit der EBK-RS betreffend Banken (Register II EBK-RS) auf Effekthändler
- EBK-RS 96/3 (21.10.96, angepasst 01.07.04) bezüglich Revisionsbericht (Form und Inhalt sowie Anhang 1-3)
- EBK-RS 93/1 (25.08.93) bezüglich Verhältnis zwischen dem Bankengesetz und dem revidierten Aktienrecht
- EBK-RS 86/1 (06.05.86) bezüglich Gelder aus gebundenen Vorsorgevereinbarungen (3. Säule, BVV 3)
- EBK-RS 81/1 (30.04.81) bezüglich Bilanzierung von Edelmetallgeschäften
- EBK-RS 72/1 (14.09.72) bezüglich Privatbankiers und öffentliche Empfehlung zur Annahme fremder Gelder

Aufgehobene Mitteilungen:

- Mitteilung 6 vom 15.09.98: Auslegungsfragen zu den RRV-EBK (Stand 31.08.98)
- Mitteilung 3 vom 31.03.98: Direktaufträge von Bankkunden an Brokerfirmen

RS „Überwachung und interne Kontrolle“: Die EBK setzt auf den 1. Januar 2007 das neue Rundschreiben „Überwachung und interne Kontrolle“ in Kraft. Es berücksichtigt die Rückmeldungen aus der Anhörung und ersetzt das EBK-Rundschreiben 95/1 „Interne Revision“ sowie die „Richtlinien zur Internen Kontrolle“ der Schweizerischen Bankiervereinigung. Das Rundschreiben regelt und erläutert u.a. die Unabhängigkeit des Verwaltungsrats, die Einrichtung und die Aufgaben eines Audit Committees (Prüfungsausschuss), die Pflichten der internen Revision sowie die Verantwortlichkeiten von Compliance-Funktion und Risikokontrolle. Es differenziert nach der Grösse und Komplexität der beaufsichtigten Institute und trägt damit der Heterogenität des Finanzplatzes Rechnung. Durch die Verwendung einer „Comply-or-Explain“-Klausel werden verschiedene Bestimmungen (wie z.B. die Anforderung an die Zusammensetzung des Verwaltungsrats) zusätzlich flexibilisiert. Verzichtet wird auf eine Regelung des Whistle Blowing, weil sich das Parlament dieser Thematik annimmt.

RS zur Umsetzung von Basel II: Die EBK hat am 18. Oktober 2006 fünf neue Rundschreiben zur Umsetzung von Basel II in Kraft gesetzt. Die neuen Rundschreiben EBK-RS 06/1 "Kreditrisiken", EBK-RS 06/2 "Marktrisiken", EBK-RS 06/3 "Operationelle Risiken", EBK-RS 06/4 "EM-Offenlegung" und EBK-RS 06/5 "Risikoverteilung" treten gemeinsam mit der Eigenmittelverordnung (ERV) am 1. Januar 2007 in Kraft. Sie führen die ERV aus und setzen zusammen mit dieser die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) in schweizerisches Recht um.

Anhörung zum RS „Anpassung Kernkapital“: Die EBK eröffnete am 6. Oktober 2006 die Anhörung zum Entwurf des Rundschreibens "Anpassung Kernkapital". Es regelt die Ermittlung der anrechenbaren, aufsichtsrechtlichen Eigenmittel bei Anwendung eines international anerkannten Rechnungslegungsstandards. Die Anhörung dauerte bis am 10. November 2006.

Wegleitung betreffend Vertrieb von eurokompatiblen ausländischen Anlagefonds: Die Wegleitungen der EBK betreffend die Bewilligung zum Vertrieb von Anlagefonds gemäss UCITS und UCITS III wurden am 19. Oktober 2006 aktualisiert.

Anhörung zur Revision der Richtlinien zu den Rechnungslegungsvorschriften Die EBK eröffnete am 30. Oktober 2006 die Anhörung zum Revisionsentwurf der Richtlinien zu den Rechnungslegungsvorschriften (RRV-EBK). Der Entwurf berücksichtigt die Anpassungen der Swiss GAAP FER, deren wesentlichen Elemente in die revidierten RRV-EBK integriert worden sind. Die Anhörung dauerte bis Ende November 2006.

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

Senkung der Schwellenwerte der Meldepflicht gemäss BEHG: Das EFD prüft derzeit offenbar eine Senkung des Mindestschwellenwertes der börsengesetzlichen Meldepflicht von 5% auf 3%. Ausschlaggebend für diese Überprüfung bilde der entsprechende Entwurf der deutschen Bundesregierung in Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie. Die Transparenzrichtlinie selbst sieht den Mindestschwellenwert bei 5% vor; die Mitgliedstaaten können bei deren Umsetzung jedoch davon abweichen. Ein Zeitplan für die derzeitige Überprüfung des EFD steht nicht fest.

Aktuelle Rechtsprechung und Behördenpraxis

Die nachfolgenden Entscheide werden auch in der entsprechenden Rubrik in der zeitgleich erscheinenden Printausgabe der GesKR aufgeführt. Auf unserer Homepage finden Sie zudem eine [Datenbank](#) mit einschlägigen Entscheiden und Behördenpraxis ab Ende 2005, welche ständig ausgebaut wird. Die Datenbank können Sie sowohl nach Stichwort, Datum des Entscheids, Gericht wie auch Systematik durchsuchen.

Gesellschaftsrecht

Aktiengesellschaft - Aktionärsrechte

ZGB 2. Rechtsmissbrauch. Fallgruppen des Rechtsmissbrauchs. Missbräuchliche Verweigerung der Eintragung ins Aktienbuch, insbesondere bei Beteiligungskauf von Gruppengesellschaften im Rahmen eines Nachlassvertrags mit Vermögensabtretung. Die Nachlassgläubiger haben ein berechtigtes Interesse, dass die Eintragung des Erwerbers vorgenommen wird. Wirken der bisherige Verwaltungsrat und sämtliche Minderheitsaktionäre an der Verwirklichung eines Sanierungskonzeptes mit, kann sich die verkaufte Gesellschaft später nicht dagegen zur Wehr setzen, soweit es den Interessen dieser Personengruppe widerspricht (Berufung auf wirklichen Wert, Vinkulierung). 4C.202/2006; BGer, 29.9.2006.

OR 697b; OR 697g. Richterliche Einsetzung eines Sonderprüfers. Aktionär hat konkrete Gesetzes- oder Statutenverletzungen durch Gesellschaftsorgane glaubhaft zu machen, deren Abklärung zur Ausübung der Aktionärsrechte erforderlich ist. Die betreffenden Aktionärsrechte müssen noch ausübbar sein. Eine Sonderprüfung allein aufgrund blosser Vermutungen ist nicht zulässig. Unzulässigkeit einer Vorschusspflicht des Gesuchstellers für die Kosten der Sonderprüfung bei Abweisung des Begehrens; die Kosten des Antragsverfahrens richten sich nach kantonalem Zivilprozessrecht. 4C.190/2005; BGer, 6.9.2006.

Aktiengesellschaft – Generalversammlung

OR 693 Abs. 3 Ziff. 4. Diese Bestimmung, welche das Stimmrechtsprivileg der Stimmrechtsaktionäre bei der Beschlussfassung über die Anhebung einer Verantwortlichkeitsklage aufhebt, ist auch für die nachfolgende Wahl eines Prozessbeistandes, der das beschlossene Verfahren gegen den Verwaltungsrat führen soll, anzuwenden. Mit dieser Gesetzesbestimmung soll laut Bundesgericht „eine wirksame Kontrolle der Verwaltung im Interesse der nicht privilegierten Aktionäre sichergestellt und die Position der Stammaktionäre bei Beschlüssen, die unter dem Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes besonders empfindlich sind, gestärkt werden“. 4C.165/2006, BGer 03.08.2006 (zur Publikation vorgesehen).

Aktiengesellschaft – Verantwortlichkeit

OR 752/ZGB 8. Direkter und indirekter Kausalzusammenhang zwischen Emissionsprospekt und Kaufentscheid im Bereich der Prospekthaftung gemäss OR 752. Natürliche Kausalität kann im Sinne eines direkten oder indirekten Kausalzusammenhangs vorliegen: Ein direkter Kausalzusammenhang liegt vor, wenn ein Anleger die Titel unmittelbar gestützt auf allenfalls fehlerhafte Angaben im Prospekt erworben hat, ein indirekter, wenn der Anleger bei der Zeichnungs- oder Kaufentscheidung auf eine durch den Prospekt hervorgerufene Anlegerstimmung abgestellt hat, welche – unter der Annahme effizienter Märkte – den gehandelten Börsenkurs bildete. In casu war der Nachweis der direkten wie der indirekten Kausalität vor der Vorinstanz gescheitert, was vor Bundesgericht als willkürliche Beweiswürdigung gerügt wurde. Die Beweiswürdigung der Vorinstanz wurde vom Bundesgericht für nicht willkürlich gehalten, weil der klagende Anleger den Emissionsprospekt nur überflogen hatte und es näher lag, dass er sich nicht von dessen

Angaben, sondern vielmehr von positiven Zukunftserwartungen, einer euphorischen Börsenstimmung und spekulativen Überlegungen hatte leiten lassen (direkte Kausalität) bzw. dass die massgebende Anlegerstimmung von Zukunftsglaube, Risikobereitschaft und Spekulation geprägt und nicht durch die Angaben im Emissionsprospekt hervorgerufen war (indirekte Kausalität). Abweisung der staatsrechtlichen Beschwerde. 4P.96/2006, BGer 28.08.2006.

OR 752/ZGB 8. Aktienrechtliche Verantwortlichkeit; Prospekthaftung. Kausalität bei der Prospekthaftung. Beweismass und Beweislast für den Nachweis der Kausalität. Eine Voraussetzung der Prospekthaftung ist der Nachweis, dass die Angaben im Emissionsprospekt kausal für den Kaufentschluss bzw. den später eingetretenen Schaden sind. Als Beweismass für den natürlichen bzw. hypothetischen Kausalzusammenhang reicht eine überwiegende Wahrscheinlichkeit. Die Anforderungen an das Beweismass für Käufer auf dem Primär- und auf dem Sekundärmarkt sind identisch. Die Beweislast liegt beim Kläger. 4C.136/2006, BGer 28.08.2006.

OR 693 Abs. 3 Ziff. 4. Diese Bestimmung, welche das Stimmrechtsprivileg der Stimmrechtsaktionäre bei der Beschlussfassung über die Anhebung einer Verantwortlichkeitsklage aufhebt, ist auch für die nachfolgende Wahl eines Prozessbeistandes, der das beschlossene Verfahren gegen den Verwaltungsrat führen soll, anzuwenden. Mit dieser Gesetzesbestimmung soll laut Bundesgericht „eine wirksame Kontrolle der Verwaltung im Interesse der nicht privilegierten Aktionäre sichergestellt und die Position der Stammaktionäre bei Beschlüssen, die unter dem Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes besonders empfindlich sind, gestärkt werden“. 4C.165/2006, BGer 03.08.2006 (zur Publikation vorgesehen).

Aktiengesellschaft – Vinkulierung

ZGB 2. Rechtsmissbrauch. Fallgruppen des Rechtsmissbrauchs. Missbräuchliche Verweigerung der Eintragung ins Aktienbuch, insbesondere bei Beteiligungskauf von Gruppengesellschaften im Rahmen eines Nachlassvertrags mit Vermögensabtretung. Die Nachlassgläubiger haben ein berechtigtes Interesse, dass die Eintragung des Erwerbers vorgenommen wird. Wirken der bisherige Verwaltungsrat und sämtliche Minderheitsaktionäre an der Verwirklichung eines Sanierungskonzeptes mit, kann sich die verkaufte Gesellschaft später nicht dagegen zur Wehr setzen, soweit es den Interessen dieser Personengruppe widerspricht (Berufung auf wirklichen Wert, Vinkulierung). 4C.202/2006; BGer, 29.9.2006.

Aktiengesellschaft – Liquidation

OR 741. Abberufung des Liquidators durch Klage eines Aktionärs. Voraussetzung ist, dass nach den gesamten Umständen objektiv anzunehmen ist, dass die Liquidation nicht ordentlich durchgeführt wird. Dies gilt insbesondere, wenn der Liquidator bereits früher - unabhängig davon, in welcher Funktion - Pflichtverletzungen begangen hat und/oder sich in einem Interessenskonflikt befindet (Ermessensentscheid). Im vorliegenden Fall bestanden berechnete Gründe für eine Abberufung des Liquidators aufgrund eines objektiven Risikos, dass die Liquidation nicht korrekt durchgeführt wird und Interessen der Minderheitsaktionäre gefährdet oder verletzt werden (frühere Pflichtverletzungen, potentieller Interessenskonflikt). 4C.235/2006 (zur Publikation vorgesehen); BGer, 23.10.2006.

Regulierung institutioneller Investoren

Banken

Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen (BankG 1 II). Werbeverbot (BankG 15 I). Bankenrechtliche Konkursöffnung (BankG 33 ff.). Die Entgegennahme von Publikumseinlagen, das bankenmässige Passivgeschäft, besteht darin, dass ein Unternehmen gewerbsmässig Verpflichtungen gegenüber Dritten eingeht, d.h. selber zum Rückzahlungsschuldner der entsprechenden Leistung wird. Ausgenommen hiervon sind unter gewissen eng umschriebenen Voraussetzungen lediglich fremde Mittel ohne

Darlehens- oder Hinterlegungscharakter (E. 4.1). Von mehreren tausend Kunden entgegengenommene Gelder, für welche die Kunden weder Waren noch Dienstleistungen erwerben, fallen nicht unter die Ausnahme gemäss BankV 3a III lit.a und werden, da sie auch keine andere Ausnahme gemäss BankV 3a III und IV darstellen, als Publikumseinlagen betrachtet (E. 4.2). Das Bezeichnen einer Investition als „aktives Sparbuch“ in einem Internetauftritt einer Nicht-Bank verstösst gegen BankG 15 I (E. 4.2). Ein Unternehmen, das unbewilligt einer Bankentätigkeit nachgeht und sich als überschuldet oder dauernd zahlungsunfähig erweist, ist in analoger Anwendung von BankG 33 ff. bankenkonkursrechtlich zu liquidieren (E. 5.1). 2A.360/2006, BGer 12.09.2006.

Übernahmen und Umstrukturierungen

BEHG

BEHG 24; UEV-UEK 10 VI. Die mit der Anbieterin Romanshorn S.A. in gemeinsamer Absprache handelnde Gesellschaft, Oyster Rock Ltd., erwarb mit Kaufverträgen vom 5. Oktober 2006 über 5.77% des Aktienkapitals der SIG Holding AG. Neben einem Barpreis von CHF 325 sehen diese Kaufverträge Preisanpassungsklauseln vor, wonach die Verkäuferschaft an einer allfälligen Erhöhung des Angebotspreises partizipieren kann. Die Übernahmekammer der EBK entschied, dass dadurch der übernahmerechtliche Grundsatz der Aktionärsleichbehandlung verletzt wurde. Entscheid der Übernahmekammer der EBK vom 20. November 2006. Abrufbar unter www.ebk.admin.ch

BEHG 39; OG 103. Rechtsschutzinteresse im Rahmen einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen einen Entscheid der Eidgenössischen Bankenkommision. Im Streit um die Fusion der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) mit der Muttergesellschaft Motor-Columbus AG ist das Bundesgericht auf eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde der letztgenannten Gesellschaft nicht eingetreten. Im Allgemeinen ist ein Interesse nur schutzwürdig, wenn der Beschwerdeführer im Zeitpunkt der Urteilsfällung ein aktuelles, praktisches Interesse an der Aufhebung oder Änderung der angefochtenen Verfügung hat. Das Bundesgericht verzichtet ausnahmsweise auf das Erfordernis des aktuellen Interesses, wenn sich die aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen jeweils unter gleichen oder ähnlichen Umständen wieder stellen können, ohne dass im Einzelfall rechtzeitig eine höchstrichterliche Prüfung stattfinden kann. Diese Voraussetzung wurde vom Bundesgericht in Bezug auf die im angefochtenen Entscheid behandelte materielle Frage, ob das von der Motor Columbus AG (Beschwerdeführerin) unterbreitete öffentliche Umtauschangebot - auch unter Berücksichtigung der vergleichsweise geringen Liquidität der zum Tausch angebotenen Titel - den gesetzlichen Anforderungen genüge, unter Hinweis auf die speziellen konkreten Umstände als nicht erfüllt betrachtet. Motor-Columbus habe nach der bereits erfolgten Anpassung der Umtauschbedingungen kein Interesse mehr an der Aufhebung der Verfügung der Übernahmekammer und es sei nicht damit zu rechnen, dass sich diese Frage unter gleichen oder ähnlichen Umständen je wieder stellen könnte. 2A.334/2006; BGer, 10.10.2006.

Aktuelle Ausgabe der GesKR sowie Vorschau

GesKR 4/2006 (soeben erschienen)

COUNSEL'S PAGE	Thomas Werlen, Hedge Fund Activism
AUFSÄTZE	Georg Gotschev/Christian Staub, Der Ausschluss von Minderheitsaktionären nach Art. 33 Börsengesetz sowie durch <i>squeeze out merger</i> gemäss Fusionsgesetz Frank Gerhard, <i>Public investments in private equity</i> (PIPE) – Ein Blick auf PIPE-Transaktionen in der Schweiz Silvan Hürlimann, Der Insiderstrafatbestand – Art. 161 StGB de lege lata und de lege ferenda
KURZBEITRÄGE	Jean-Baptiste Zufferey, Les gérants de fortune indépendants : réglementés et surveillés, ou non ? Enrico Friz, Darlehen an Konzerngesellschaften Emanuel Schiwow/Xu Tian, Foreign investment vehicles in China – The legal framework in an overview Claude Schmidt/Micha Blattmann/Martin Rey, Derivatgeschäfte im Zusammenhang mit Lock-Up-Verpflichtungen bei M&A-Transaktionen – Hinweise zu Problemen in der Praxis Ulrich Wehrli/Jürg Walter, Die Vorsorgeeinrichtung als Stolperstein im Transaktionsgeschäft
NEUES RECHT	Karim Maizar/Rolf Watter, Transparenz der Vergütungen und Beteiligungen von Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung (Art. 663b ^{bis} und 663c Abs. 3 OR)
DISSERTATIONEN	Franca Contratto, Andrew Garbarski, Claudia Geiger, Peter Herren, Thomas Kaufmann, Mischa Kissling, Daniela Koenig, Oliver Künzler, Larissa Marolda Martínez

Vorschau GesKR 1/2007 (erscheint Ende Februar 2007)

COUNSEL'S PAGE	Urs Rohner, <i>[Thema noch offen]</i>
AUFSÄTZE	Lukas Glanzmann, <i>[Thema noch offen]</i> Benedikt Maurenbrecher/Ansgar Schott, Private Rechtsgeschäfte von Organpersonen Larissa Marolda Martínez/Karin Eugster, Informationsasymmetrie im Vorfeld von Umstrukturierungen – Zulässigkeit und Folgen bei Verletzung von aktien-, fusions-, börsen- und strafrechtlichen Normen

KURZBEITRÄGE	Markus Brändle, Zusammenarbeit der SWX mit der FSA im Bereiche des Kotierungsverfahrens von SMI-Emittenten Peter Max Gutzwiller/Patrick Schleiffer, Offenlegung von Beteiligungen bei Trusts Chappuis Fernand, <i>[Thema noch offen]</i> Peter Spinnler, <i>[Thema noch offen]</i> Christoph Steiner/Raffael Büchi, Vom Wertrecht zur Bucheffekte – Kristallisation aus dem Nichts?
ENTSCHEIDBESPRECHUNG	Meinrad Vetter, <i>[Besprechung von BGE 4C.165 (Bestellung des Prozessbeistandes für Verantwortlichkeitsklage)]</i> Urs Bertschinger, <i>[Prospekthaftung]</i>
DISSERTATIONEN	Julien Perrin, Daniel Emch, Caroline Möhrle, Daniel Hasler, Rolando Zanotelli

Neue Dissertationen, welche in der GesKR vorgestellt werden

Die nachfolgenden Dissertationen werden in der entsprechenden Rubrik in der aktuellen GesKR 4/2006 oder in der GesKR 1/2007 (erscheint Anfangs März 2007) sowohl unter dem Blickwinkel des Gegenstands sowie der wichtigsten These(n) von ihren jeweiligen Verfassern vorgestellt.

Konzeptionelle Ansätze zur Regulierung von Derivaten im schweizerischen Recht: Analyse de lege lata und Vorschläge de lege ferenda unter besonderer Berücksichtigung der Anlegerinformation bei Warrants und strukturierten Produkten

Autor: Dr. iur. Franca Contratto

Diss. Freiburg 2006

Zugleich Arbeiten aus dem Juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz, Band 251

Referent: Prof. Dr. iur. Jean-Baptiste Zufferey

Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Die Misswirtschaft gemäss Art. 165 StGB: mit rechtsvergleichender Darstellung des deutschen und österreichischen Rechts

Autor: Dr. iur. Peter Herren

Diss. Freiburg 2006

Zugleich Arbeiten aus dem Juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz, Band 248

Referenten: Prof. Dr. iur. Franz Riklin (Referent), Prof. Dr. iur. Marcel A. Niggli (Korreferent)

Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Der Mehrfachverwaltungsrat: die Tätigkeit in Verwaltungsräten mehrerer Aktiengesellschaften aus Sicht des Zivil-, Straf-, Wettbewerbs-, Steuer- und Sozialversicherungsrechts

Autor: Dr. iur. Mischa Kissling

Diss. Zürich 2006

Zugleich Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 250

Referent: Prof. Dr. iur. Peter Forstmoser

Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Das Verbot von Insiderhandel: eine rechtsvergleichende Analyse des schweizerischen Rechts und der Regelungen der USA und der EU

Autor: Dr. iur. Daniela Koenig

Diss. Zürich 2005

Zugleich Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 249

Referenten: Prof. Dr. iur. Hans Caspar von der Crone (Referent), Prof. Dr. iur. Wolfgang Wohlers (Korreferent)

Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Konzernübertragung im Privat- und Steuerrecht

Autor: Dr. iur. Oliver Künzler
Diss. Zürich 2006
Zugleich Schriften zum Steuerrecht, Band 17
Referent: Prof. Dr. iur. Markus Reich
Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Information der Aktionäre nach Schweizerischem Aktien- und Kapitalmarktrecht

Autor: Dr. iur. Larissa Marolda Martínez
Diss. Zürich 2006
Zugleich Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 248
Referent: Prof. Dr. iur. Hans Caspar von der Crone
Wird vorgestellt in: GesKR 4/2006

Le trust à l'épreuve du droit successoral en Suisse, en France et au Luxembourg - Etude de droit comparé et de droit international privé

Autor: Dr. iur. Julien Perrin
Diss. Lausanne 2006
Zugleich: Comparativa n° 77
Referent: Prof. Dr. iur. Andrea Bonomi
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

Die Umwandlung von Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften nach dem Fusionsgesetz

Autor: Dr. iur. Daniel Hasler, Rechtsanwalt
Diss. Universität Bern 2006
Zugleich Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Band 733
Referenten: Prof. Dr. iur. Roland von Büren (Referent), Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz (Korreferent)
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

Die Managerkontrolle bei eignerkontrollierten, börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz

Autor: Dr. oec. Rolando Zanotelli
Diss. Universität St. Gallen (HSG) 2006
Referent(en): Prof. Dr. Urs Füglistaller (Referent) und Prof. Dr. Andreas Menzl (Korreferent)
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

System des Rechtsschutzes im Fusionsgesetz

Autor: Dr. iur. Daniel Emch, Rechtsanwalt, LL.M.
Diss. Bern 2006
Zugleich: Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Nr. 731, Bern 2006
Referent(en): Prof. Dr. iur. Roland von Büren; Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz (Zeitgutachter)
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

System des Rechtsschutzes im Fusionsgesetz

Autor: Dr. iur. Daniel Emch, Rechtsanwalt, LL.M.
Diss. Bern 2006

Zugleich: Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Nr. 731, Bern 2006
Referent(en): Prof. Dr. iur. Roland von Büren; Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz (Zeitgutachter)
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

**Delisting – Kapitalmarktrechtliche, gesellschaftsrechtliche sowie
umstrukturierungsrechtliche Aspekte**

Autorin: Dr. iur. Caroline Möhrle, Rechtsanwältin, LL.M.
Diss. Zürich 2006
Zugleich Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Band 256
Referent: Prof. Dr. iur. Peter Forstmoser
Wird vorgestellt in: GesKR 1/2007

Aktuelle Literatur

Die nachfolgende Literatur wird auch in der entsprechenden Rubrik in der kommenden Printausgabe der GesKR erscheinen. Auf unserer Homepage finden Sie zudem eine [Datenbank](#) mit einschlägiger Literatur ab Ende 2005, welche ständig ausgebaut wird. Die Datenbank können Sie sowohl nach Stichwort, Autor wie auch Systematik durchsuchen.

Allgemeines Wirtschaftsrecht

Furrer Andreas: Der Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf das schweizerische Wirtschaftsprivatrecht. SZIER 3/2006, 311-334.

Dongois Nathalie/Killias Martin: L'américanisation des droits suisse et continentaux. Schulthess, Zürich 2006, 356 Seiten.

Frick Hans Peter: General Counsel: Ein Berufsbild im Wandel. GesKR 2-3/2006, 91-93.

Nobel Peter (Hrsg.): New Frontiers of Law and Economics - First International Scientific Conference on Law and Economics at the University of St. Gallen, October 27-28, 2005, St. Gallen, Switzerland. Schulthess, Zürich 2006, 222 Seiten.

Corporate Governance und Business Ethics

Maizar Karim/Watter Rolf, Transparenz der Vergütungen und Beteiligungen von Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung (Art. 663b^{bis} und 663c Abs. 3 OR) - Entstehungsgeschichte, Normzweck sowie erste praktische Anwendungsfragen. GesKR 4/2006, 349 - 359.

Werlen Thomas: "Hedge Fund Activism". GesKR 4/2006, 261 - 264.

Peter Henry: La forme juridique des entreprises de famille, ou, De la difficile coexistence entre corporate et family governance, in: Ling (Hrsg.), Les successions dans les entreprises. CEDIDAC 69, Lausanne 2006, 49-83.

Funk Wilfried/Rossmann Jonas/Alber Miriam: Corporate Governance in Deutschland. ST 9/2006, 657-662.

Gamper Philipp Ch./Volkart Rudolf/Wilde Marisa: Value Reporting and aktive Investor Relations. ST 9/2006, 642-647.

Siebart Patricia: Corporate Governance von Nonprofit-Organisationen - Ausgewählte Aspekte der Organisation und Führung. Haupt Verlag, Bern 2006, 281 Seiten.

Sprecher Thomas: Foundation Governance in der Schweiz. ST 9/2006, 663-668.

von Hehn Paul A.: Unabhängige interne Untersuchungen in Unternehmen als Instrument guter Corporate Governance - auch in Europa? Der Betrieb 36/2006, 1909-1914 (D).

Waser Patrick: Über drei Jahre Corporate-Governance-Richtlinie der SWX. ST 9/2006, 648-656.

Watter Rolf/Spillmann Till: Corporate Social Responsibility - Leitplanken für den Verwaltungsrat Schweizerischer Aktiengesellschaften. GesKR 2-3/2006, 94-116.

Trust

Arter Oliver: Protektor eines Trusts. ST 10/2006, 729-732.

Mayer Thomas M.: La Suisse et la Convention de la Haye sur la reconnaissance du trust. ST 9/2006, 669-675.

Mayer Thomas M.: Die Schweiz und das Haager Trust-Übereinkommen. ST 9/2006, 676-682.

Wilhelm Christophe/Perrin Julien: Le trust et le droit suisse dans successions internationales. ST 9/2006, 683-687.

Personenrecht

Juristische Personen – Allgemeines

Riemer Hans Michael: Entwicklungen im Gesellschaftsrecht (Allgemeine Bestimmungen über juristische Personen; Vereins- und Stiftungsrecht) / Le point sur le droit des sociétés (Dispositions générales sur les personnes morales; associations et fondations). SJZ 21/2006, 488-489.

Juristische Personen – Vereine

Riemer Hans Michael: Corporate Governance-Richtlinien für Vereine und Stiftungen aus juristischer Sicht. SJZ 22/2006, 505-512.

Juristische Personen – Stiftungen

Helmig Bernd / Hunziker Beat: Stifterstudie Schweiz, in: Egger/Helmig/Purtschert (Hrsg.), Stiftung und Gesellschaft. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 37-54.

Purtschert Robert / von Schnurbein Georg: Transparenz im Schweizer Stiftungswesen - Stiftungen im Licht schwacher statistischer Grundlagen, in: Egger/Helmig/Purtschert (Hrsg.), Stiftung und Gesellschaft. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 21-35.

Purtschert Robert / von Schnurbein Georg / Beccarelli Claudio: Gemeinnützige Stiftungen in der Schweiz - zwischen Aufbruch und Bewahrung, in: Egger/Helmig/Purtschert (Hrsg.), Stiftung und Gesellschaft. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 91-118.

Favre Dominique: Droit des fondations. ST 10/2006, 745-748.

Riemer Hans Michael: Corporate Governance-Richtlinien für Vereine und Stiftungen aus juristischer Sicht. SJZ 22/2006, 505-512.

Roncoroni Giacomo: Das neue Stiftungsrecht. ST 10/2006, 733-739.

Sprecher Thomas: Foundation Governance in der Schweiz. ST 9/2006, 663-668.

Zurkinden-Erismann/Sieber Hans: Unternehmensstiftung als Instrument der Nachfolgeregelung. ST 10/2006, 740-744.

Gesellschaftsrecht

Allgemeines

Arter / Jörg (Hrsg.): Entwicklungen im Gesellschaftsrecht II. Stämpfli, Bern 2006, 320 Seiten.

Forstmoser Peter/Schott Bertrand: Entwicklungen im Gesellschaftsrecht (Handelsgesellschaften und Genossenschaften) und im Wertpapierrecht / Le point sur le droit des sociétés (Sociétés commerciales et sociétés coopératives) et des papiers-valeurs. SJZ 21/2006, 482-487.

Hennrichs Joachim: "Basel II" und das Gesellschaftsrecht. ZGR 5/2006, 563-586 (D).

Herren Dorothea: Das KMU-Statut: ein flüchtiges Ziel. Jusletter vom 6. November 2006.

Herren Dorothea: Ein modernes Kapitalgesellschaftsrecht für die Schweiz. Einführung in ein Habilitationsprojekt. GesKR 2-3/2006, 223-227.

Nobel Peter: Europäisches Gesellschaftsrecht, in: Epiney/Egbuna-Joss/Wyssling (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht (2005/2006). Stämpfli/Schulthess, Bern/Zürich, 201-215.

Ruedin Roland: Droit des sociétés. 2. Auflage, Stämpfli, Bern 2006, 600 Seiten.

Spindler Gerald: Prognosen im Gesellschaftsrecht. AG 19/2006, 677-689 (D).

Einfache Gesellschaft

Peter Henry: La forme juridique des entreprises de famille, ou, De la difficile coexistence entre corporate et family governance, in: Ling (Hrsg.), Les successions dans les entreprises. CEDIDAC 69, Lausanne 2006, 49-83.

Aktiengesellschaft – Allgemeines

Bauen Marc / Bernet Robert: Schweizer Aktiengesellschaft. Schulthess, Zürich 2006, 600 Seiten.

Bauen Marc / Bernet Robert / Rouiller Nicolas: La société anonyme suisse. Schulthess, Zürich 2006, 600 Seiten.

Herren Dorothea: Ein modernes Kapitalgesellschaftsrecht für die Schweiz. Einführung in ein Habilitationsprojekt. GesKR 2-3/2006, 223-227.

Ling Peter (Hrsg.): Les successions dans les entreprises. CEDIDAC, Lausanne 2006, 192 Seiten.

Schmidt Jessica: "Offshore in drei Zügen" - Die Europäische Aktiengesellschaft (SE) als "Fähre" auf die Cayman Islands. Der Betrieb 41/2006, 2221-2222 (D).

Suter Armin/Volkart Patrik: Kapitalstrukturen börsenkotierter Unternehmen. ST 9/2006, 627-634.

Aktiengesellschaft – Aktionärbindungsverträge

Héritier Lachat Anne: Les conventions d'actionnaires - quelques exemples pratique, in: Ling (Hrsg.), Les sucesions dans les entreprises. CEDIDAC 69, Lausanne 2006, 85-113.

Pichonnaz Pascal/Erdem Ercüment/Esmailzadeh Tannaz/Dural Ali: La force contraignante des conventions d'actionnaires: quelques aspects de droits suisse et turc. SJZ 22/2006, 505-512.

Aktiengesellschaft – Gründung

Kleeberg Christian: Kapitalaufbringung bei Gründung der Societas Europaea: Vergleich der Vorschriften zur Kapitalaufbringung und -erhöhung in Europa. Lang, Frankfurt a.M. / Bern 2006, 180 Seiten (D).

Aktiengesellschaft – Aktionärsrechte

Arzt-Mergemeier Jörg: Der gesellschaftsrechtliche Minderheitenschutz in Deutschland, England und Frankreich: eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Ermittlung gemeinsamer Prinzipien des europäischen Gesellschaftsrechts. Lang, Frankfurt a.M. / Bern 2006, 307 Seiten (D).

Dubs Dieter: Q&A zum Traktandierungsbegehren nach Art. 699 Abs. 3 OR - Ausgestaltung, Rechte der Aktionäre, Pflichten des Verwaltungsrates. GesKR 2-3/2006, 155-185.

Aktiengesellschaft – Generalversammlung

Moehrle Caroline: Delisting - Kapitalmarktrechtliche, gesellschaftsrechtliche und umstrukturierungsrechtliche Aspekte. Diss. Zürich (= SSW 256), Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 356 Seiten.

Blanc Mathieu/Dallèves Laure: Les "proxy contests": un modèle pour le droit suisse de la société anonyme? in: Dongois/Killias (Hrsg.), L'américanisation des droits suisses et continentaux. Schulthess, Zürich 2006, 229-265.

Dubs Dieter: Q&A zum Traktandierungsbegehren nach Art. 699 Abs. 3 OR - Ausgestaltung, Rechte der Aktionäre, Pflichten des Verwaltungsrates. GesKR 2-3/2006, 155-185.

Kunz Peter V.: Fragen zur Kotierung sowie zur Dekotierung von Aktien - oder: über das "Werden" und "Sterben" von Publikumsgesellschaften. GesKR 2-3/2006, 117-138.

Lenz Susanne: Renaissance des Depotstimmrechts. AG 16/2006, 572-576 (D).

Vetter Eberhard: Rechtsschutzbedürfnis für aktienrechtliche Anfechtungsklage - Ein gerichtlicher Vergleich über die Aufhebung eines Beschlusses der Hauptversammlung (HV) beseitigt Beschluss nicht - Wirksamer Widerspruch zu Protokoll während der gesamten Dauer der Hauptversammlung möglich. Der Betrieb 42/2006, 2281-2284 (D).

Aktiengesellschaft – Verwaltung

Maizar Karim/Watter Rolf, Transparenz der Vergütungen und Beteiligungen von Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung (Art. 663b^{bis} und 663c Abs. 3 OR) - Entstehungsgeschichte, Normzweck sowie erste praktische Anwendungsfragen. GesKR 4/2006, 349 - 359.

Dubs Dieter: Q&A zum Traktandierungsbegehren nach Art. 699 Abs. 3 OR - Ausgestaltung, Rechte der Aktionäre, Pflichten des Verwaltungsrates. GesKR 2-3/2006, 155-185.

Koller Heinrich: Das gesetzliche Grundgerüst - Arbeitsteilung in Führung und Kontrolle von Unternehmen. ST 11/2006, 802-808.

Koller Heinrich: Principes juridiques fondamentaux. ST 11/2006, 809-815.

Kratz Brigitta/Christa Tobler: Wohnsitzerfordernisse für Mitglieder von Gesellschaftsorganen nach bilateralem Recht im Vergleich zum EWR- und EG-Recht, in: Epiney/Egbuna-Joss/Wyssling (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht (2005/2006). Stämpfli/Schulthess, Bern/Zürich, 371-406.

Müller Roland: Problematik einer Doppelstellung als Verwaltungsrat und Arbeitnehmer. ST 11/2006, 851-854.

Pöschel Ines/Watter Rolf: Rechtliche Pflichten und Verantwortung der Führungsorgane. ST 11/2006, 816-821.

Roth Felix/Peyrollaz Jean: Communication entre les organes des gestion et l'auditeur. ST 11/2006, 828-832.

Watter Rolf/Spillmann Till: Corporate Social Responsibility - Leitplanken für den Verwaltungsrat Schweizerischer Aktiengesellschaften. GesKR 2-3/2006, 94-116.

Aktiengesellschaft – Verantwortlichkeit

von der Crone Hans Caspar: Aktienrechtliche Verantwortlichkeit und Geschäftsführung: ein funktionaler und systematischer Überblick. Beiheft ZSR 43, Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 83 Seiten.

Oberson Xavier: La responsabilité fiscale des organes dirigeants des sociétés anonymes. SJ 128 (2006), 293-317.

Buchta Jens: Haftung und Verantwortlichkeit des Vorstands einer Aktiengesellschaft - Eine Bestandesaufnahme. Der Betrieb 36/2006, 1939-1943 (D).

Felber Markus: Verneinte Prospekthaftung im Fall "Miracle". Jusletter vom 16. Oktober 2006.

Fleischer Holger: Buchführungsverantwortung des Vorstands und Haftung der Vorstandsmitglieder für fehlerhafte Buchführung. WM 43/2006, 2021-2028 (D).

Garbarski Andrew M.: Quelques développements récents à propos de l'action en responsabilité dirigée contre les organes de sociétés anonymes - Arrêt du Tribunal Federal 4C.312/2005 du 10 janvier 2006. GesKR 2-3/2006, 208-215.

Glasl Daniel: Aktienrechtliche Verantwortlichkeit: Bestätigung des "Biber"-Entscheids; Rechtsschutzinteresse des Abtretungsgläubigers; Zulassung der Verrechnungseinrede gegen den Verantwortlichkeitsanspruch. Jusletter vom 23. Oktober 2006.

Hartmann Stephan: Die Unterscheidung zwischen dem unmittelbaren und dem mittelbaren Gläubigerschaden im Konkurs der Aktiengesellschaft. SZW 78 (2006), 321-327.

Luterbacher Thierry: Versicherung und Revisorenhaftung. ST 11/2006, 864-874.

Widmer Dieter: Lösung der Haftungsfrage wird greifbar. ST 11/2006, 856-859.

Widmer Dieter: Solution en vue au problème de la responsabilité. ST 11/2006, 860-863.

Aktiengesellschaft – Ausschüttungen

Friz Enrico: Darlehen an Konzerngesellschaften. GesKR 4/2006, 325 - 330.

Aktiengesellschaft – Mitarbeiterbeteiligung

Drobetz Wolfgang/Pensa Pascal/Schmid Markus: Kosten und Nutzen von Manageroptionen in der Schweiz. ST 9/2006, 635-641.

Jeanneret-Druckman Karen: Les plans d'intéressement: cette pratique anglo-saxonne est-elle compatible avec le droit suisse? in: Dongois/Killias (Hrsg.), L'américanisation des droits suisses et continentaux. Schulthess, Zürich 2006, 159-177.

Risi Andreas/Schmid Remo: Mitarbeiterbeteiligungen - steuerliche Abzugsfähigkeiten bei bedingtem Kapital. ST 9/2006, 603-609.

Aktiengesellschaft – Sanierung

Cierniak Jürgen: Die aktuelle Rechtsprechung des BGH zur Unternehmensinsolvenz. Der Betrieb 37/2006, 1996-2002 (D).

Oechsler Jürgen: Der Aufsichtsrat in der Insolvenz. AG 17/2006, 606-613 (D).

Schmidt Karsten: Aktienrecht und Insolvenzrecht. AG 17/2006, 597-605 (D).

Aktiengesellschaft - Konkurs und Nachlassverfahren

Cierniak Jürgen: Die aktuelle Rechtsprechung des BGH zur Unternehmensinsolvenz. Der Betrieb 37/2006, 1996-2002 (D).

Glasl Daniel: Aktienrechtliche Verantwortlichkeit: Bestätigung des "Biber"-Entscheids; Rechtsschutzinteresse des Abtretungsgläubigers; Zulassung der Verrechnungseinrede gegen den Verantwortlichkeitsanspruch. Jusletter vom 23. Oktober 2006.

Hartmann Stephan: Die Unterscheidung zwischen dem unmittelbaren und dem mittelbaren Gläubigerschaden im Konkurs der Aktiengesellschaft. SZW 78 (2006), 321-327.

Oechsler Jürgen: Der Aufsichtsrat in der Insolvenz. AG 17/2006, 606-613 (D).

Schmidt Karsten: Aktienrecht und Insolvenzrecht. AG 17/2006, 597-605 (D).

Stahelin Daniel: Der Beginn der Verwirkungsfrist gemäss Artikel 292 SchKG für die Anfechtung (Pauliana) beim Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung. AJP 10/2006, 1192-1206.

Aktiengesellschaft – Konzern

Friz Enrico: Darlehen an Konzerngesellschaften. GesKR 4/2006, 325 - 330.

Aktiengesellschaft – Revisionsstelle

Fluri Edgar: Die Rolle des Wirtschaftsprüfers. ST 11/2006, 822-827.

Luterbacher Thierry: Versicherung und Revisorenhaftung. ST 11/2006, 864-874.

Roth Felix/Peyrollaz Jean: Communication entre les organes des gestion et l'auditeur. ST 11/2006, 828-832.

Widmer Dieter: Lösung der Haftungsfrage wird greifbar. ST 11/2006, 856-859.

Widmer Dieter: Solution en vue au problème de la responsabilité. ST 11/2006, 860-863.

GmbH

Allgemeines

Böckli Peter / Ruedin Roland / von Planta Andreas / Duc Nicolas (Hrsg.): Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC 70, Lausanne 2006, 178 Seiten.

Handschin Lukas / Truniger Christof: Die neue GmbH. Schulthess, Zürich 2006, 489 Seiten.

Böckli Peter: Présentation générale, in: Böckli/Ruedin/von Planta/Duc (Hrsg.), Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC, Lausanne 2006, 1-28.

Böttcher/Blasche: Die Übertragung von Geschäftsanteilen deutscher GmbHs in der Schweiz vor dem Hintergrund der Revision des Schweizer Obligationenrechts. NZG 20/2006, 766-771 (D).

Duc Nicolas: L'autonomie des associés: Droit dispositif et droit impératif, notamment à l'exemple de la Révision des comptes, in: Böckli/Ruedin/von Planta/Duc (Hrsg.), Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC, Lausanne 2006, 89-146.

Herren Dorothea: Ein modernes Kapitalgesellschaftsrecht für die Schweiz. Einführung in ein Habilitationsprojekt. GesKR 2-3/2006, 223-227.

Portmann Urs (Hrsg.): Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC, Lausanne 2006, 200 Seiten.

von Planta Andreas: L'organisation, in: Böckli/Ruedin/von Planta/Duc (Hrsg.), Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC, Lausanne 2006, 65-88.

Verantwortlichkeit

Ruedin Roland: La responsabilité, in: Böckli/Ruedin/von Planta/Duc (Hrsg.), Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée. CEDIDAC, Lausanne 2006, 29-64.

Internationales

Schiwow Emanuel/Xu Tian: Foreign investment vehicles in China - overview of the legal framework. GesKR 4/2006, 331 - 335.

Ringe Wolf-Georg: Die Sitzverlegung der Europäischen Aktiengesellschaft - Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht Band 171. Diss., Tübingen 2006, 294 Seiten.

Handelsregisterrecht

Gnos Urs: Die Praxis zur erleichterten Fusion von Konzerngesellschaften. GesKR 2-3/2006, 189-192.

Effektenhandel

Linner Florian Alexander: Ursprung und effiziente Organisation des europäischen Wertpapierclearings - Ein Erklärungsansatz auf der Grundlage der Neuen Institutionenökonomik (= Bank- und finanzwirtschaftliche Forschungen 377). Haupt Verlag, Bern 2006, 215 Seiten.

Kapitalmarktrecht

Allgemeines

Moehrle Caroline: Delisting - Kapitalmarktrechtliche, gesellschaftsrechtliche und umstrukturierungsrechtliche Aspekte. Diss. Zürich (= SSHW 256), Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 356 Seiten.

Nobel / Senn: Finanzmarktrechtliche Entscheide. Stämpfli, Bern 2006, 850 Seiten.

Reutter Thomas / Watter Rolf / Werlen Thomas (Hrsg.): Kapitalmarkttransaktionen. Schulthess, Zürich 2006, 260 Seiten.

Contratto Franca: Der vereinfachte Prospekt für strukturierte Produkte nach Art. 5 KAG - Pandorabüchse oder wirsamer Anlegerschutzmassnahme? GesKR 2-3/2006, 193-201.

Daeniker Daniel: Thesen zur Haftung für Ad-hoc-Publizität. GesKR 2-3/2006, 139-149.

Fleischer Holger: Die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente und das Finanzmarkt-Richtlinie-Umsetzungsgesetz - Entstehung, Grundkonzeption, Regelungsschwerpunkte. BKR 10/2006, 389-395 (D).

Hirsbrunner Simon/Seidl Simone: Ein Urteil gegen grenzüberschreitende Dienstleistungen von Schweizer Finanzinstituten. Jusletter vom 13. November 2006.

Kunz Peter V.: Fragen zur Kotierung sowie zur Dekotierung von Aktien - oder: über das "Werden" und "Sterben" von Publikumsgesellschaften. GesKR 2-3/2006, 117-138.

Leuchtmann Mark: Prüfqualität von Schweizer Wirtschaftsprüfern aus der Kapitalmarktperspektive: eine empirische Messung der subjektiv wahrgenommenen Qualität von Prüfern börsennotierter Gesellschaften. SKV, Zürich 2006, 297 Seiten.

Roberto Vito: Antithesen zur Haftung für Ad-hoc-Publizität. GesKR 2-3/2006, 149-154.

Rodewald Jörg/Unger Ulrike: Zusätzliche Transparenz für die europäischen Kapitalmärkte - die Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie in Deutschland. Betriebs-Berater 36/2006, 1917-1919 (D).

Roth Monika: Finanzmarktrecht: Schnittstellen im Bereich der Sanktionen. GesKR 2-3/2006, 186-188.

Spindler Gerald/Kasten Roman A.: Der neue Rechtsrahmen für den Finanzdienstleistungssektor - die MiFID und ihre Umsetzung - Teil I. WM 78/2006, 1749-1755 (D).

Spindler Gerald/Kasten Roman A.: Der neue Rechtsrahmen für den Finanzdienstleistungssektor - die MiFID und ihre Umsetzung - Teil II. WM 38/2006, 1797-1803 (D).

Veil Rüdiger: Prognosen im Kapitalmarktrecht. AG 19/2006, 690-697 (D).

Weber Rolf H./Breining-Kaufmann Christine: Haftung für staatliches Handeln im Finanzmarktbereich. SJZ 21/2006, 473-481.

Weber Rolf H./Iseli Thomas: Richtlinien für die Finanzmarktregulierung - Bedeutung und Umsetzung. SZW 78 (2006), 339-353.

Aufsicht

Schnyder Erika: Verstärkung der Aufsicht in der Zweiten Säule. Volkswirtschaft 11/2006, 25-27.

Mülbart: Bankenaufsicht und Corporate Governance - Neue Organisationsanforderungen im Finanzdienstleistungsbereich. BKR 9/2006 (D).

Nobel Peter: Das Finanzmarktaufsichtsrecht Mitte 2005 - Mitte 2006. SZW 78 (2006), 367-376.

Von Möller Andreas: Kapitalmarktaufsicht: Wandel und Neubestimmung der nationalen und europäischen Kapitalmarktaufsicht anhand des Beispiels der Aufsicht über die Börsen und den Börsenhandel. Duncker & Humblot, Berlin 2006, 256 Seiten.

Börsenregulierung

Moehrlle Caroline: Delisting - Kapitalmarktrechtliche, gesellschaftsrechtliche und umstrukturierungsrechtliche Aspekte. Diss. Zürich (= SSHW 256), Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 356 Seiten.

Daeniker Daniel: Thesen zur Haftung für Ad-hoc-Publizität. GesKR 2-3/2006, 139-149.

Kunz Peter V.: Fragen zur Kotierung sowie zur Dekotierung von Aktien - oder: über das "Werden" und "Sterben" von Publikumsgesellschaften. GesKR 2-3/2006, 117-138.

Roberto Vito: Antithesen zur Haftung für Ad-hoc-Publizität. GesKR 2-3/2006, 149-154.

BEHG

Gerhard Frank: Private investments in public equity (PIPE) - ein Blick auf PIPE-Transaktionen in der Schweiz. GesKR 4/2006, 286 - 307.

Emissionen

Gerhard Frank: Private investments in public equity (PIPE) - ein Blick auf PIPE-Transaktionen in der Schweiz. GesKR 4/2006, 286 - 307.

Regulierung institutioneller Investoren – Anlagefonds

Regulierung institutioneller Investoren

Anlagefonds

Werlen Thomas: "Hedge Fund Activism". GesKR 4/2006, 261 - 264.

Banken

Roth Monika: Das Dreiecksverhältnis Kunde-Bank-Vermögensverwalter - Treue- und Sorgfaltspflichten in Anlageberatung und Vermögensverwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Retrozessionen, Finder's Fees und anderen Vorteilen. Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 158 Seiten.

Fleischer Holger: Die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente und das Finanzmarkt-Richtlinie-Umsetzungsgesetz - Entstehung, Grundkonzeption, Regelungsschwerpunkte. BKR 10/2006, 389-395 (D).

Henrichs Joachim: "Basel II" und das Gesellschaftsrecht. ZGR 5/2006, 563-586 (D).

Hirsbrunner Simon/Seidl Simone: Ein Urteil gegen grenzüberschreitende Dienstleistungen von Schweizer Finanzinstituten. Jusletter vom 13. November 2006.

Mülbert: Bankenaufsicht und Corporate Governance - Neue Organisationsanforderungen im Finanzdienstleistungsbereich. BKR 9/2006 (D).

Spindler Gerald/Kasten Roman A.: Der neue Rechtsrahmen für den Finanzdienstleistungssektor - die MiFID und ihre Umsetzung - Teil I. WM 78/2006, 1749-1755 (D).

Spindler Gerald/Kasten Roman A.: Der neue Rechtsrahmen für den Finanzdienstleistungssektor - die MiFID und ihre Umsetzung - Teil II. WM 38/2006, 1797-1803 (D).

Berufliche Vorsorge

Wehrli Ulrich/Walter Jürg: Die Vorsorgeeinrichtung als Stolperstein im Transaktionsgeschäft. GesKR 4/2006, 345 - 348.

Schnyder Erika: Verstärkung der Aufsicht in der Zweiten Säule. Volkswirtschaft 11/2006, 25-27.

Wanner Jean-Marc: Sanierungsmassnahmen: das Bundesgericht anerkennt das mutige und verantwortungsvolle Handeln eines Stiftungsrats. Schweizer Personalvorsorge 10/2006, 76-77.

Anderson Martin/Trigo Trindade Rita (Hrsg.): Institutions de prévoyance: devoirs et responsabilité civile. Schulthess, Zürich 2006, env. 200 pages.

Übernahmen und Umstrukturierungen

Allgemeines

Schmidt Claude/Blattmann Micha/Rey Martin: Derivatgeschäfte im Zusammenhang mit Lock-Up-Verpflichtungen bei M&A-Transaktionen - Hinweise zu Problemen in der Praxis. GesKR 4/2006, 336 - 344.

Werlen Thomas: "Hedge Fund Activism". GesKR 4/2006, 261 - 264.

Gerhard Frank: Das virtuelle Übernahmeangebot. GesKR 2-3/2006, 216-222.

Schnydrig Andrin/Vischer Markus: Die Transaktionsvereinbarung bei öffentlichen Übernahmen. AJP 10/2006, 1192-1206.

Spahlinger/Wegen: Deutsche Gesellschaften in grenzüberschreitenden Umwandlungen nach "SEVIC" und der Verschmelzungsrichtlinie in der Praxis. NZG 19/2006, 721-727.

OR

Lamanna Merkt Lisa: Art. 333 OR Betriebsübergang: die Relevanz der Rechtsprechung des EuGH und des EFTA-Gerichtshofes bei der Auslegung des autonom nachvollzogenen europäischen Rechts, in: Baudenbacher (Hrsg.), Aktuelle Entwicklungen des europäischen und internationalen Wirtschaftsrechts. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 407-466.

BEHG

Gerhard Frank: Private investments in public equity (PIPE) - ein Blick auf PIPE-Transaktionen in der Schweiz. GesKR 4/2006, 286 - 307.

Gotschev Georg G./Staub Christian: Der Ausschluss von Minderheitsaktionären nach Art. 33 Börsengesetz und durch squeeze out merger gemäss Fusionsgesetz. GesKR 4/2006, 265 - 285.

Gerhard Frank: Das virtuelle Übernahmeangebot. GesKR 2-3/2006, 216-222.

FusG

Gotschev Georg G./Staub Christian: Der Ausschluss von Minderheitsaktionären nach Art. 33 Börsengesetz und durch squeeze out merger gemäss Fusionsgesetz. GesKR 4/2006, 265 - 285.

Eugster Karin: Die Überprüfung der Anteils- und Mitgliedschaftsrechte nach Art. 105 FusG. Diss. Zürich (=SSHW 257), Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 290 Seiten.

Hasler: Die Umwandlung von Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften. Diss. Bern 2006 (= ASR 733), 325 Seiten.

Chenau Jean-Luc/Cherpillod Denis: Les fusions simplifiées de petites et moyennes entreprises. SZW 78 (2006), 328-338.

Emch Daniel: System des Rechtsschutzes im Fusionsgesetz. Diss. Bern (= ASR Nr. 731), Stämpfli, Bern 2006, 370 Seiten.

Gnos Urs: Die Praxis zur erleichterten Fusion von Konzerngesellschaften. GesKR 2-3/2006, 189-192.

Vetter Jochen: Die Regelung der grenzüberschreitenden Verschmelzung im UmwG. AG 17/2006, 613-625 (D).

Berufliche Vorsorge

Wehrli Ulrich/Walter Jürg: Die Vorsorgeeinrichtung als Stolperstein im Transaktionsgeschäft. GesKR 4/2006, 345 - 348.

Steuern

Linder Thomas / Jau Martin: Umstrukturierungen im Steuerrecht - Von der bisherigen Praxis zu den Neuerungen des Fusionsgesetzes. Cosmos, Bern 2006, 410 Seiten.

Clavadetscher Diego: Good news für den Vorsteuerabzug bei Finanzierung durch den Aktionär: Bundesgericht beendet umstrittene Praxis, schafft aber neue Taxe Occulte. ST 10/2006, 779-782.

Internationales

Spahlinger/Wegen: Deutsche Gesellschaften in grenzüberschreitenden Umwandlungen nach "SEVIC" und der Verschmelzungsrichtlinie in der Praxis. NZG 19/2006, 721-727.

Rechnungslegung

Bucher Markus/Schmidli Marc/Schilling Martin: Praxiserfahrung mit IFRS 3 Business Combinations. ST 9/2006, 49-602.

Hallauer Philipp/Vogler Patrick: Performance Reporting im Umbruch. ST 9/2006, 588-596.

Hennrichs Joachim: Prognosen im Bilanzrecht. AG 19/2006, 698-706 (D).

Köhle Ivan: Segmentberichterstattung. Schulthess, Zürich 2006, 324 Seiten.

Krügel René/Hermann Roger: L'IAS 19 et les plans IPP suisses. ST 9/2006, 610-614.

Stiftung für Empfehlungen zur Rechnungslegung: Swiss GAAP FER 2007. Zürich 2006, 197 Seiten.

Revision

Boutellier Roman/Fischer Adrian/Palazzesi Mauro/Buser Stefan: Ansatz zur Prüfung der Risikobeurteilung. ST 9/2006, 615-620.

Fluri Edgar: Die Rolle des Wirtschaftsprüfers. ST 11/2006, 822-827.

Gard Stéphane/Guillaume Alain: Questionnaire d'auto-évaluation du système de contrôle interne. ST 11/2006, 840-845.

Leuchtmann Mark: Prüfqualität von Schweizer Wirtschaftsprüfern aus der Kapitalmarktperspektive: eine empirische Messung der subjektiv wahrgenommenen Qualität von Prüfern börsennotierter Gesellschaften. SKV, Zürich 2006, 297 Seiten.

Strafrecht

Gerhard Frank: Private investments in public equity (PIPE) - ein Blick auf PIPE-Transaktionen in der Schweiz. GesKR 4/2006, 286 - 307.

Hürlimann Silvan: Der Insiderstraftatbestand. Art. 161 StGB de lege lata und de lege ferenda. GesKR 4/2006, 308 - 318.

Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG: Suspicion of Money Laundering - In the Crossfire of International Due Diligence Obligations - Liechtenstein-Austria-Germany-Switzerland - By Professionals for Professionals. [Verlag], Wien 2006, 382 Seiten.

Wohlers Wolfgang (Hrsg.): Neuere Entwicklungen im schweizerischen und internationalen Wirtschaftsrecht. Schulthess, Zürich 2006, 200 Seiten.

Lombardini Carlo: Banques et blanchiment d'argent - Etude de la réglementation suisse (Convention de Diligence, Ordonnance de la CFB, Code Pénal et LBA). Schulthess, Zürich 2006.

Pfeifer Michael: Art. 321 StGB als Grundlage eines uneingeschränkten Anwaltsgeheimnisses: mit Ausführungen zu einem Berufsgeheimnis von Unternehmensjuristen, eine Replik auf Niggli. Anwaltsrevue 9/2006, 331-337.

Ruchet Philippe: Analyse des données et lutte contre le blanchiment d'argent. ST 10/2006, 753-756.

Schwarz Jörg: Anwendung von Art. 321 StGB auf Unternehmensjuristen: einige Gedanken zu einer laufenden Diskussion. Anwaltsrevue 9/2006, 338-341.

Vermögensverwaltung

Zufferey Jean-Baptiste: Les gérants de fortune indépendants: réglementés et surveillés, ou no? GesKR 4/2006, 319 - 324.

Hsu Peter: Retrozessionen, Provisionen und Finder's Fees. Beiheft ZSR 45. Helbing & Lichtenhahn, Basel 2006, 102 Seiten.

Roth Monika: Das Dreiecksverhältnis Kunde-Bank-Vermögensverwalter - Treue- und Sorgfaltspflichten in Anlageberatung und Vermögensverwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Retrozessionen, Finder's Fees und anderen Vorteilen. Dike, Zürich / St. Gallen 2006, 158 Seiten.

Hsu Peter Ch./Stupp Eric: Retrozessionen sind grundsätzlich dem Kunden abzuliefern - Besprechung des Urteils des Schweizerischen Bundesgerichts 4C.432/2005 vom 22. März 2006. GesKR 2-3/2006, 202-207.

Nänni Matthias/von der Crone Hans Caspar: Rückvergütungen im Recht der unabhängigen Vermögensverwaltung - Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts vom 22. März 2006 (4C.432/2005), BGE 132 III 460, i.S. Stiftung U (Klägerin und Berufungsklägerin) gegen A (Beklagter und Berufungsbeklagter). SZW 78 (2006), 377-384.

Reimann Thomas/Kuhn Rolf: Nach dem Retrozessionsentscheid: Konsequenzen für Vermögensverwalter: BGE 4C.432/2005. ST 9/2006, 688-691.

Neuerscheinungen im Dike Verlag

Peter Forstmoser, Patrick R. Peyer, Bertrand Schott. Das neue Recht der GmbH. Einführung und synoptische Darstellung. 2006, 200 Seiten, broschiert [ISBN 3-905455-89-7] CHF62.00

Nach zehnjähriger Gesetzgebungsarbeit steht ein total revidiertes Recht der Schweizer GmbH vor der Einführung. Dieses Buch soll in der Übergangszeit Hilfestellung leisten und den Weg vom bisherigen zum neuen Recht für den juristischen Praktiker, aber auch den interessierten Nichtjuristen und Unternehmer erleichtern. In einer Einführung werden Zielsetzung und Gang der Reformarbeiten, die wesentlichen Elemente des neuen Rechts und das Übergangsrecht skizziert. Eine synoptische Darstellung zeigt sodann den Weg der Gesetzgebungsarbeiten, die Neuerungen, aber auch die Konstanten auf. Für eine solche Gegenüberstellung besteht umso mehr Bedarf, als sich der Gesetzgeber nicht auf inhaltliche Änderungen beschränkt, sondern auch tief greifende systematische Umstellungen vorgenommen hat. Durch die Gegenüberstellung der jeweils korrespondierenden Artikel oder Absätze sollen insbesondere die bestehende Literatur und Judikatur – welche auch künftig ihre Gültigkeit behalten – ohne grossen Aufwand zugänglich bleiben. Ergänzt werden die beiden Hauptabschnitte durch Konkordanztabellen sowie durch weitere Informationen, die für die Erkundung des neuen Rechts nützlich sein dürften

Monika Roth, Das Dreiecksverhältnis Kunde – Bank – Vermögensverwalter, 2007, 158 Seiten, broschiert [ISBN 3-905455-24-2] CHF58.00

Das Buch hat zum Ziel, eine praxisorientierte Übersicht über die gegenseitigen Rechte und Pflichten im Dreiecksverhältnis Kunde – Bank – Vermögensverwalter zu geben. Es befasst sich unter anderem ausführlich mit der Frage von Retrozessionen und dem Grundsatz best execution. Dieser Problembereich ist zwar nicht neu. Durch ein im März 2006 ergangenes Bundesgerichtsurteil zur Frage der Retrozessionen und anderer Zuwendungen hat das Thema indessen Aktualität erlangt. Das Bundesgericht hat unter anderem folgendes festgehalten: • Der Vermögensverwaltungsauftrag ist als Auftrag mit fremdnützigem Charakter zu qualifizieren. • Retrozessionen gehören ohne anders lautende Abmachung dem Kunden. Auch alle sonstigen indirekten Vorteile, welche der Beauftragte infolge der Auftragsausführung von Dritten erhält, sind ablieferungspflichtig (Rabatte, Provisionen, Schmiergelder usw.). • Behalten darf der Vermögensverwalter abgesehen vom vereinbarten Honorar nur, was er ohne inneren Zusammenhang mit dem ihm erteilten Auftrag von Dritten erhält. • Art. 400 OR ist dispositiver Natur, d.h. dass es im Ermessen der Vertragsparteien steht, eine vom Gesetz abweichende Vereinbarung zu treffen. Der Kunde kann auf die Herausgabe der Retrozessionen verzichten, wobei er vorgängig über den Bezug von Retrozessionen aufgeklärt worden sein muss und zwar in einer Weise, die es ihm erlaubt, die Höhe der Retrozessionen wenigstens abschätzen zu können. Die Autorin behandelt im Weiteren verschiedene andere Fragen bezüglich der Rechte und Pflichten der beteiligten Parteien untereinander. Ein Stichwortregister erleichtert die Benützung des Werkes, das sich über die Juristenkreise hinaus an ein breites Publikum richtet, insbesondere an Anleger, die es genauer wissen wollen.

Kellerhals (Hrsg.). Wirtschaftsrecht. Schweiz - EG. 2006, CHF40.00
202 Seiten, broschiert
[ISBN 3-905455-82-X]

Die neu begründete Reihe «Wirtschaftsrecht Schweiz – EG» bietet einen jährlichen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im gemeinschaftlichen Wirtschaftsrecht und deren Bedeutung für die Schweiz. In kurzer und konziser Form werden die wichtigsten Rechtsakte der gemeinschaftlichen Institutionen und Urteile des EuGH aus dem Vorjahr zusammengefasst und von kompetenten Experten aus schweizerischer Perspektive kommentiert. Gegenstand der Kommentierung sind die korrespondierenden Rechtsentwicklungen in der Schweiz, deren Europakompatibilität sowie die Notwendigkeit und Bedeutung einer allfälligen Übernahme des Gemeinschaftsrechts. Angesprochen sind insbesondere Rechtsanwälte sowie Wirtschafts- und Verwaltungsjuristen, denen die Reihe als kompakte Informationsquelle und Nachschlagewerk dienen soll. Der Jahresband 2005/06 berücksichtigt die relevanten Entwicklungen in folgenden Rechtsgebieten: Banken- und Kapitalmarktrecht, Versicherungsrecht, Gesellschaftsrecht, Kommunikation und Medien, Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, Öffentliches Auftragswesen, Technische Vorschriften und Normen, Energie, Steuerrecht, Immaterialgüterrecht, Vertragsrecht, Verbraucherschutz, Internationales Zivilverfahrensrecht/Internationales Privatrecht, Landverkehr, Luftverkehr. Als Experten figurieren: Dr. Jürg Borer Dr. Alexander Brunner Prof. Dr. Theodor Bühler Prof. Dr. Regula Dettling-Ott Dr. Max Friedli Prof. Dr. Thomas Geiser Prof. Dr. Reto M. Hilty Prof. Dr. Claire Huguenin Dr. Brigitta Kratz Dr. Urs Landolf RA Peter Rechsteiner Prof. Dr. Anton K. Schnyder Prof. Dr. Kurt Siehr Dr. Dirk Trüten Prof. Dr. Rolf H. Weber.

Impressum

Impressum

Dr. Till Spillmann / Karim Maizar
Schriftleitung GesKR
Postfach 1548
CH-8027 Zürich
schriftleitung@geskr.ch
www.geskr.ch

Der GesKR-Newsletter erscheint jeweils zeitgleich mit dem Erscheinen der Printversion der GesKR in deutscher Sprache. Der GesKR-Newsletter kann unter www.geskr.ch abonniert werden.

Obwohl die Schriftleitung der GesKR bemüht ist, den Inhalt des GesKR-Newsletters nach bestem Wissen zu erstellen, kann für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben keine Haftung übernommen werden.
